



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Gute Arbeit weltweit

Zukunftspapier



Gute Arbeit weltweit

Zukunftspapier von Bundesminister Dr. Gerd Müller und
Bundesministerin Andrea Nahles



Globalisierung ist längst in unseren Alltag eingezogen – wir leben sie täglich als Verbraucherinnen und Verbraucher oder als Beschäftigte, deren Betrieb in internationale Lieferketten eingebunden ist. Das verpflichtet uns aber auch, die Welt als Ganzes zu sehen und danach zu handeln. Wir wollen deshalb das Thema „gute Arbeit weltweit“ endlich ganz oben auf die internationale Tagesordnung setzen. Dazu bietet uns die deutsche G7-Präsidentschaft 2015 eine hervorragende Chance. Von der moralischen Verpflichtung einmal ganz abgesehen sind die G7-Staaten auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke prädestiniert, Verantwortung für die effektive Umsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards weltweit zu übernehmen.

Die Globalisierung eröffnet große Chancen für Entwicklungsländer. Im gleichen Maße, in dem Produktionsprozesse international arbeitsteiliger werden, haben Schwellen- und Entwicklungsländer die Möglichkeit, stärker an Wertschöpfung teilzunehmen. Wenn es gelingt, diese Wertschöpfung in breitenwirksame Wohlstandszuwächse zu übersetzen, können wir die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, signifikant reduzieren. Das heißt, immer mehr Menschen haben ein Einkommen über der Schwelle von 1,25 US-Dollar am Tag zum Leben und in vielen Fällen darüber hinaus. China mag als Beispiel dienen, dort hat die schnell wachsende industrielle Produktion zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2013 mehr als 200 Millionen Menschen aus der Armut befreit.

Eine unabdingbare Voraussetzung für solche Entwicklungserfolge ist eine sozial und ökologisch nachhaltige Gestaltung von Globalisierung und Produktionsprozessen. Wo Sozialdumping und Ökodumping Raum greifen, verbessern sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht, vielmehr droht eine Zunahme des Elends.

Die Katastrophe vor zwei Jahren in Bangladesch hat die dunkle Seite der Globalisierung, der Arbeitsteilung entlang globaler Lieferketten, gezeigt: Spätestens seit dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza kennen wir den Preis, den andere, vor allem Frauen, dafür zahlen, dass Kleidung bei uns teilweise zu Spottpreisen angeboten werden kann. Mehr als 1.130 Menschen starben in den Trümmern, mehr als 2.000 wurden verletzt.

Rana Plaza hat unseren Blick nicht nur auf untragbare Bedingungen gelenkt, unter denen in Südostasien Textilien für namhafte Modemarken und Handelsketten hergestellt werden. Beschämend ist auch, wie schlep-

pend und zögerlich die Entschädigung für die Opfer von Rana Plaza auf den Weg gebracht wurde.

Die Katastrophe von Rana Plaza hat das Bewusstsein geschärft für die Arbeitsbedingungen weltweit. Denn Beispiele für menschenunwürdige Arbeit gibt es auch im 21. Jahrhundert noch rund um den Globus: Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn im Kongo Zwangsarbeiter von lokalen Warlords unter Androhung von Folter gezwungen werden, in illegalen Minen Coltan zu schürfen, aus dem das Tantal für die Schaltkreise unserer Smartphones und Laptops geschmolzen wird. Es darf uns nicht kaltlassen, wenn in indischen Gerbereien Arbeiterinnen und Arbeiter ohne jede Schutzkleidung mit giftigen Chemikalien hantieren, die Haut- und Atemwegserkrankungen auslösen und die Flüsse verseuchen. Es geht uns sehr wohl etwas an, wenn in Pakistan Kinder bis zu 70 Stunden pro Woche in Ziegelbrennereien schuften, um ein paar Rupien zum Überleben der Familie beizutragen.

Es sind Beispiele wie diese, die uns die Augen öffnen für die erschütternden Zahlen und Fakten, die längst bekannt sind: Alle 15 Sekunden stirbt auf unserer Welt ein Mensch an den Folgen berufsbedingter Krankheiten oder Unfälle. Weltweit müssen nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO 168 Millionen Kinder arbeiten. Und mehr als 21 Millionen Menschen sind Opfer von Zwangsarbeit. Durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen entsteht ein Schaden von 2,8 Billionen US-Dollar pro Jahr, der damit vier Prozent der weltweiten Wertschöpfung ausmacht. Die illegalen Profite hingegen, die durch moderne Formen der Sklaverei erzielt werden, belaufen sich laut ILO-Schätzung auf 150 Milliarden Euro pro Jahr.

Arbeiter in einer Gießerei in Pakistan.
Foto Titelseite: Näherin in einer Textilfabrik in Bangladesch.

Die Globalisierung wird weitergehen. Immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer vertreten ihre eigenen Interessen mit wachsendem Selbstbewusstsein. Sie brauchen Wissen, Technologie und Infrastruktur, damit sie die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung auch in Zeiten der Digitalisierung nutzen können. Sie brauchen tragfähige Beschäftigungspolitiken, damit sie ihren jungen und schnell wachsenden Bevölkerungen eine Perspektive bieten können. Und alle Länder brauchen einen partnerschaftlichen Dialog darüber, wie gute Arbeit zu ihrem Recht kommt.

WAS GUTE ARBEIT FÜR UNS AUSMACHT!

Wir wollen mit unserer Initiative Fortschritte erreichen, die nicht nur für möglichst viele Menschen auf der Welt ganz konkrete Vorteile bringen, sondern auch über die individuelle Ebene hinaus zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Das kann nur gelingen, wenn alle Länder die Möglichkeit erhalten, an der globalen Wertschöpfung teilzunehmen und hierbei auf faire Art und Weise einbezogen werden. Das betrifft globale

Regelwerke über Handel, Investitionen und Technologie, aber auch konkrete rechtliche und faktische Bedingungen vor Ort. Im Einzelnen sehen wir zwei Dimensionen der guten Arbeit, in denen wir entscheidende Verbesserungen erreichen wollen und können.

Erstens: menschenwürdige Arbeit.

Arbeit ist ein wesentliches Mittel um Armut zu überwinden und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu befördern. In diesem Zusammenhang stellen sich konkrete Fragen, auf die wir gemeinsam Antworten finden müssen: Wie soll Arbeit gestaltet sein? Was macht menschenwürdige Arbeit für alle aus, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit?

Die ILO setzt sich als UN-Sonderorganisation mit inzwischen 185 Mitgliedstaaten seit bald 100 Jahren für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein. Alle diese Staaten sind in der Pflicht, die Kernarbeitsnormen – gegen Kinderarbeit, gegen Zwangsarbeit und Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, für Gewerkschaftsrechte – als eine wesentliche, aber nicht die alleinige Voraussetzung für menschenwürdige Arbeit umzusetzen. Zudem haben sich die Staaten in der Decent Work Agenda zu dem Ziel bekannt: Jede und jeder soll eine Chance auf eine produktive Arbeit zu einem gerechten und fairen Lohn mit angemessenen Erholungszeiten haben. Jeder Mensch soll sicher arbeiten können und vor Lebens- und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz geschützt sein, zum Beispiel beim Einsatz von Chemikalien oder gesundheitsschädlichen Produktionsverfahren wie dem Sandstrahlen bei der Jeansherstellung. Sicherheit bedeutet ebenso ein Mindestmaß an sozialem Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft, Arbeitsunfällen, bei Arbeitsplatzverlust oder im Alter. Ein ganz wichtiger Bestandteil von menschenwürdiger Arbeit ist die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, sich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen. Denn nur so ist die Voraussetzung für einen funktionierenden sozialen Dialog gegeben, der für stabile Arbeitsbeziehungen und eine produktive Entwicklung wichtig ist.

Zweitens: nachhaltige Produktionsverfahren.

Die Produktion muss sicherstellen, dass auch kommende Generationen eine faire Entwicklungschance haben. Das bedeutet schonenden Umgang in den Herstellerländern mit knappen Ressourcen wie: Rohstoffe, Wasser, Boden, Energie, saubere Luft, empfindliche Ökosysteme. Es bedeutet aber auch mehr Verantwortung für die Entwicklung unserer ganzen Erde.

Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht zwangsläufig mit mehr Ressourcenverbrauch oder Emissionen verbunden sein. Wir müssen dazu beitragen, diesen Zusammenhang aufzubrechen und eine Entkopplung der Wirtschaftsentwicklung vom Ressourcenverbrauch vorantreiben, insbesondere in der weltweiten Warenproduktion. Die durch nicht nachhaltige Produktionsweisen verursachten Umwelt- und Gesundheitsschäden treffen die Menschen in Entwicklungsländern oft am härtesten. Das gilt am Arbeitsplatz, wenn angemessene Sicherheitsstandards fehlen, oder im Umfeld von Fabriken, wenn zum Beispiel Abwässer ungeklärt in Flüsse und Seen geleitet werden. Umwelt- und ressourcenschonende Produktionsweisen führen zudem langfristig zum Erhalt von Arbeitsplätzen und bergen große Potenziale zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Solche „Green Jobs“ verwirklichen menschenwürdige Arbeit, die zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Umweltqualität beiträgt, sei es in der Landwirtschaft, der Industrie, im Dienstleistungssektor oder in der Verwaltung. Diese Arbeitsplätze reduzieren den Verbrauch von Energie und Rohstoffen, begrenzen die Treibhausgasemissionen, minimieren Abfall und Verschmutzung, schützen und stellen die Ökosysteme wieder her und befähigen Unternehmen und Gemeinwesen zur Anpassung an den Klimawandel.



Rana Plaza, Bangladesch,
nach dem Einsturz am 24. April 2013.

GEMEINSAME VERANTWORTUNG – JEDER KANN ETWAS TUN!

Die aufgezeigten Herausforderungen für gute Arbeit und die zukünftigen Entwicklungstrends zeigen, wie notwendig politisches und gesellschaftliches Handeln ist. Nicht nur Regierungen, auch Unternehmen, Verbraucher, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in Nord und Süd, in Ost und West müssen sich ihrer Verantwortung stellen, guter Arbeit weltweit zu ihrem Recht zu verhelfen. Wichtig ist, dass alle maßgeblichen Akteure ihre Verantwortung kennen – und vor allem: in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung auch tatsächlich wahrzunehmen. Diese Verantwortung hat für uns drei Ebenen, auf denen wir mit konkreten Vorschlägen im Rahmen der G7 greifbare Verbesserungen anstoßen wollen.

MEHR DURCHBLICK FÜR VERBRAUCHER!

Erster Ansatzpunkt: Verbraucher und Zivilgesellschaft. Immer mehr Menschen fragen, wie ihre Ware hergestellt wurde – und sie wollen etwas tun. Eine steigende Nachfrage nach umwelt- und sozialverträglich hergestellten Waren- und Dienstleistungen erhöht den Druck auf Unternehmen, ihre Produktionsprozesse transparent zu machen und nachhaltiger zu produzieren. Umwelt- und Sozialsiegel sind hier ein sinnvolles Instrument für beide Seiten. Das kritische Bewusstsein der Verbraucher kann somit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden und Unternehmen neue Marktchancen eröffnen. Bisher haben Verbraucherinnen und Verbraucher nur selten die Möglichkeit, sich umfassend über Sozial- und Umweltstandards und -siegel zu informieren.

Die deutsche Bundesregierung startet 2015 ein Portal „Siegelklarheit“. Hier können Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren, was hinter einem Siegel oder Standardsystem wirklich steht. So können sie Produkte vergleichen und ihre Kaufentscheidungen sicherer treffen. Hier werden produktgruppenbezogen nationale und internationale anerkannte Standardsysteme und Siegel in Bezug auf ihre sozialen und ökologischen Inhalte verglichen und bewertet. Ziel dabei ist für Konsumenten und Einkäufer der öffentlichen Beschaffung Transparenz zu schaffen und nachhaltige Kaufentscheidungen zu befördern. Hier können wir, die G7-Nationen, positiv beitragen und für alle Verbraucherinnen und Verbrauchern in unseren Ländern mehr Transparenz schaffen. Denn nur so kann das Nachdenken über Produktionsbedingungen wachsen und Verantwortungsbewusstsein in Kaufentscheidungen münden.

Zweiter Ansatzpunkt: Unternehmen.

Wir diskutieren seit einigen Jahren verstärkt die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Viele Unternehmen nehmen diese Verantwortung schon heute sehr ernst. Sie setzen sich mit ihrem unternehmerischen Handeln auch unter sozialen und ökologischen Aspekten auseinander und streben eine gesellschaftlich nachhaltige Unternehmensführung an. Für manche Unternehmen gehört es bereits selbstverständlich dazu, auch die Zulieferer in der eigenen Lieferkette in die Verantwortung zu nehmen, soziale und ökologische Mindeststandards umzusetzen. Daran müssen wir anknüpfen. Es gilt diese guten Ansätze weiterzuentwickeln. Als Orientierungsrahmen dienen dabei unter anderem die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und die dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO.



Nachhaltige Baumwollproduktion in Benin.



Näherinnen und Näher in einer Textilfabrik in Bangladesch.

RÜCKENWIND FÜR VERANTWORTUNGSBEWUSSTE UNTERNEHMEN!

Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen stehen oft vor einem Dilemma: Sie sind guten Willens, gesellschaftliche Verantwortung nicht nur im eigenen Betrieb, sondern auch entlang ihrer Lieferketten zu übernehmen, fühlen sich in der Praxis damit jedoch schnell überfordert. So sehen sich Unternehmen mit sehr unterschiedlichen Anforderungen konfrontiert, die sich auch widersprechen können. Das sind beispielsweise das Arbeitsrecht im Zielland, internationale Standards, Selbstregulierung, vertragliche Verpflichtungen gegenüber Auftraggebern und Zulieferern. Die nächste Frage, vor der Unternehmen stehen, ist die Übersetzung der Standards und Regeln in die eigenen Managementprozesse. Die Unternehmen brauchen hier unsere Unterstützung und Orientierung. Es wäre deshalb ein großer Fortschritt, wenn die G7-Staaten hierzu aktiv werden.

NIE WIEDER RANA PLAZA – VORFAHRT FÜR PRÄVENTION!

Katastrophen wie Rana Plaza wollen wir verhindern helfen und setzen dabei vor allem auf Prävention und Arbeitsschutz. Nicht nur Regierungen und Unternehmen in den Schwellen- und Entwicklungsländern sind hier in der Pflicht. Auch Unternehmen in den G7-Ländern können mithelfen, die Arbeitsbedingungen in den Herstellerstaaten wesentlich zu verbessern. Denkbar wäre ein freiwilliger Präventions-Fonds, der in den Herstellerländern den Aufbau von Brandschutzeinrichtungen, Maßnahmen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit, die Einrichtung von Unfallversicherungen sowie die Schulung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in Arbeitsschutzthemen unterstützt – mit Geld, aber auch mit Know-how und organisatorischer wie technischer Hilfe.

Ein solcher „Vision Zero Fonds“, gespeist aus Unternehmensbeiträgen, wäre dem Ziel verpflichtet, die Zahl der Arbeitsunfälle möglichst weit zu reduzieren mit der Vision, sie nahe null zu bringen. Unternehmen in G7-Ländern könnten auf diese Weise ihrer Verantwortung weiter nachkommen, nicht nur an ihrem Hauptsitz gute Arbeit zu ermöglichen, sondern auch bei Zulieferern weltweit.

MISSTÄNDE AUFDECKEN, OPFERN GEHÖR VERSCHAFFEN!

Neben Prävention und Entschädigung sind effektive Beschwerdemechanismen ein weiterer wichtiger Aspekt, um Standards besser durchzusetzen. So könnten sich die G7-Staaten darüber verständigen, regelmäßige Peer Reviews ihrer Nationalen Kontaktstellen zu den OECD-Leitsätzen durchzuführen. Eine derartige Verpflichtung könnte dazu beitragen, trotz unterschiedlicher nationaler Organisationsformen ein vergleichbar

hohes Niveau bei der Lösung von Mediationsverfahren zu erreichen. Damit würde G7 eine Vorreiterrolle übernehmen und einen Prozess in Gang setzen, der Nachahmung bei anderen OECD-Ländern oder weiteren Ländern mit OECD-Kontaktstellen finden kann. Darüber hinaus könnten die Kontakt- und Beschwerdestellen, die es in einigen großen Unternehmen bereits gibt, gefördert, ausgebaut und dort, wo nicht vorhanden, aufgebaut werden – auch für Beschäftigte von Zulieferbetrieben. Missstände könnten dann unternehmensintern angegangen und beseitigt werden.

MIT BÜNDNISSEN BEWEGEN!

Immer mehr Unternehmen setzen sich freiwillig für bessere Umwelt- und Sozialbedingungen in ihren Zulieferbetrieben ein. Das ist vorbildlich und sollte Schule machen. Nur wenn viele Abnehmer aus vielen Ländern das Gleiche wollen, wird sich auch bei den Zulieferern in den Entwicklungsländern etwas ändern. Das können die G7-Länder gemeinsam erreichen.

Aber die Verantwortung liegt nicht nur bei den Unternehmen. Sie liegt vor allem auch bei den Regierungen – sowohl in den Herstellerländern als auch bei uns, in den Abnehmerländern. Koordinierung und Erfahrungsaustausch mit Regierungen, Zivilgesellschaft und Verbänden können helfen, Kräfte zu bündeln. Das ist für uns der dritte Ansatzpunkt. Hier können wir, die G7-Nationen, wirksame Impulse setzen und den Dialog sowie die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren befördern. Die Förderung von Unternehmensverantwortung durch Multi-Stakeholder-Netzwerke kann vom Staat organisiert werden, wie es zum Beispiel im CSR-Forum der Bundesregierung geschieht. Darüber hinaus können solche Netzwerke für eine bestimmte Branche durch freiwillige Selbstverpflichtung verbindliche Standards für die zugehörigen Unternehmen festlegen. Das ist ein konkreter Beitrag zur verbesserten Einhaltung internationaler Standards entlang der jeweiligen globalen Lieferketten.

Zum Beispiel hat das BMZ 2014 die Gründung eines Bündnisses für nachhaltige Textilien initiiert. Im Textilbündnis haben sich aktive deutsche Unternehmen, Branchenverbände, Vertreter von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft sowie internationalen Nachhaltigkeitsinitiativen und -standards zusammen getan, um gemeinsam soziale, ökologische und ökonomische Bedingungen entlang der textilen Lieferkette zu verbessern.

Die internationale Ausrichtung war von Beginn an durch Beteiligung internationaler Unternehmen angelegt. Im nächsten Schritt werden weitere internationale Unternehmen und Schlüsselakteure wie lokale Zulieferer und Gewerkschaften, die Regierungen der Produzentenländer sowie internationale Nachhaltigkeitsinitiativen eingebunden. Die deutsche Präsidentschaft schlägt vor, dass die G7 gemeinsame Maßnahmen ergreifen, um die Koordinierung und Vernetzung dieser Akteure zu verbessern.

VOR ORT FÄHIGKEITEN SCHAFFEN!

Lohnkostenvorteile allein sind keine Garantie für die breitenwirksame wirtschaftliche Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern. Dafür ist es nötig, spezifische Standortvorteile Schritt für Schritt aufzubauen und aufzuwerten – das heißt von niedrigeren Wertschöpfungsstufen zu höherwertigeren überzugehen – sowie Produktionsprozesse sozial und ökologisch verträglicher zu gestalten. Eine solche Entwicklung befördert höhere Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen, umfassendere soziale Sicherung und technologisches Lernen. Hierbei können wir, die G7-Nationen, mit verschiedenen Ansätzen des Capacity Building unterstützen. Hierbei gilt es Systeme zur Umsetzung und Kontrolle von Nachhaltigkeitsstandards sowie zugehöriger Infrastruktur in den Regionen und Unternehmen aufzubauen.

Schon jetzt setzt die deutsche Entwicklungspolitik gemeinsam mit Unternehmen in Herstellerländern praktische Maßnahmen dazu um, wie die Einführung von besseren Verfahren zum Umgang mit Chemikalien, die Einbindung sozialer und ökologischer Ziele in betriebliche Entscheidungsprozesse und die Ausbildung für nachhaltige Verfahren. All das kann nur gelingen, wenn die Herstellerländer ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen selbst schrittweise verbessern. Die G7-Länder sollten diese Politiken weiter unterstützen und sich dabei besser miteinander abstimmen.

GUTE ARBEIT – EIN BAUSTEIN FÜR GLOBALE PARTNERSCHAFT!

Es gibt bereits gute Ansätze in den G7-Staaten, auf der Konsumenten-, Unternehmens- und Regierungsebene. Die G7-Nationen verfügen über zahlreiche Partner mit vielfältigen Programmen vor Ort. Aber es ist wichtig, die Maßnahmen auf G7-Ebene zu koordinieren und zu bündeln, um schneller voranzukommen und Lücken zu schließen.

Wenn die G7-Staaten die Chance nutzen, sich aktiv für globale nachhaltige Lieferketten einzusetzen, dann geben sie damit auch ein Beispiel für die globale Partnerschaft, die mit dem UN-Gipfel über Entwicklungsziele nach 2015 entstehen soll. Auf diesem Gipfel, der im September in New York stattfinden wird, soll dann das Ziel der Armutsbekämpfung mit Nachhaltigkeits- und Klimazielen zu einer universalen Agenda zusammen geführt werden, die für alle Staaten der Welt gültig ist.

Es ist an uns, dass 2015 zu einem Schlüsseljahr wird, von dem man später im Rückblick sagen wird: Das war der Wendepunkt hin zu einer Welt, die näher zusammenrückt, die füreinander einsteht. Dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein!



Lackierer in Vietnam.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ);
Referat Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation
und Besucherdienst

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS);
Projektgruppe G7

REDAKTION

BMZ; Referat Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation
und Besucherdienst

BMAS; Projektgruppe G7

GESTALTUNG

Schumacher. Visuelle Kommunikation
www.schumacher-visuell.de

DRUCK

mediabogen, Berlin
www.mediabogen.net

Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier

FOTOS

BMAS / Romeo Deischl;
ILO;
Rana Plaza – © K. M. Asad / Corbis / Demotix
(www.demotix.com)
Aid by Trade Foundation;
photothek.net/Thomas Koehler

STAND

Februar 2015

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de, www.bmz.de
info@bmas.bund.de, www.bmas.de